

1933
10

Zeitungs Spiegel

Herausgegeben vom Evangelischen
Presseverband für Rheinland

Essen, Dritter Hagen 23, Schließfach 689 · Fernruf Essen 24344 und 24345 · Postcheckkonto Essen 3417

Herausgegeben: Samstag, den 29. April 1933.

Nr. 15.

I. Zur Frage Reichskirche.

=====

Soeben erschien von Hans Asmussen eine kleine Schrift:
"Reichskirche?" in der Hanseatischen Verlagsanstalt.

- a) . Aus einer Kritik dieser Schrift im "Tag" Nr. 102 vom 29. April 1933:

.....
Die Reichskirche sieht darin nicht einen verwaltungstechnischen Unionismus und nicht einen Zusammenschluß mit Rom, der die Verschiedenheiten des Glaubens und der Lehre verwischt. Erst recht nicht darf sie sein ein Aufgehen der Kirche in Staat, sondern die erste Etappe einer lutherischen Kirche deutscher Nation, von der aus als nächstes Teilziel die Regelung des Verhältnisses zur reformierten Kirche in Angriff genommen werden müßte. Als unaufgebar bezeichnet der Verfasser an diesen Vorschlägen folgende Punkte: "Herauswachsen der kommenden Kirche aus dem Bekenntnis, die Einschaltung von Laien und von praktischen Verkündigern, der Abstand von Parlamentarismus durch die bischöfliche Initiative, als erstes Teilziel der Zusammenfassung nach bestehenden Konfessionalitäten. Es wäre der Tod der Reichskirche, wollte man sie in liberaler Weise aus einer Verfassung werden lassen. Die Verfassung der kommenden Kirche läßt sich erst in dem Augenblick schreiben, wo die Reichskirche da ist. Es ist unmöglich, von Ideen her ein Gebilde zu konstruieren, in der Hoffnung, nachher das Leben zwangsweise in dieses Gebilde einzuschließen."

Ueber die alten Bekenntnisse sagt der Verfasser, daß sie zeitgebunden sind, nicht im Sinne liberalistischer Deutung, sondern in dem Sinn, daß sie Gottes Wort an eine bestimmte Zeit sind. Sie sollen nicht überwunden werden. Aber sie müssen "verantwortlich und bindend als Antwort auf die neue Zeit in die neue Zeit hineingestellt werden." Es ist somit höchste Aktivität, die hier erwartet wird. Und zwar nicht nur von den Lehrern des Wortes, sondern auch von den Hörern. Denn unsere Kirche krankt daran, daß die stetig wachsende Gemeinde, besonders in den Großstädten, es dem Pfarrer nicht möglich machte, mit seinen Hörern weiter zu gehen und sie in das Wort tiefer hineinzuführen.

- b) Die lutherische Kirche kommt.

=====

"Kreuz-Zeitung" Nr. 118 vom 29. April 1933.

Erklärung der 21. Altonaer Pastoren.

"Das Altonaer Bekenntnis ist bis heute in ganz Deutschland stark begehrt und behandelt. Es hat sich als notwendig

herausgestellt, daß die Verkündigung des Wortes Gottes, so weit sie von den unantastbaren Bekenntnissen der lutherischen Kirche her in unserer Zeit geschieht, zusammengefaßt und als Panier aufgerichtet wird. Wir wollen die alten Bekenntnisse nicht überwinden. Wir wollen aber unter keinen Umständen, daß sie als totes Gut konserviert werden. Es handelt sich vielmehr darum, daß sie lebendig als Antwort auf die neue Zeit in die neue Zeit hineingestellt werden.

Darum freuen wir uns, daß nun Bestrebungen im Gange sind, diese Zusammenfassung zu vollziehen.

Das Altonaer Bekenntnis ist ein erster Schritt gewesen. Gerade wir Altonaer wünschen sehnlichst, daß diesem ersten Schritt auch von anderer Seite weitere Schritte folgen.

und daß die Bestrebungen um die Aufrichtung eines Paniers für die lutherische Kirche deutscher Nation von Erfolg gekrönt sein werden. Wir hoffen, daß die lutherischen Kirchen deutscher Nation zusammengefaßt werden. Frei von aller Demokratie muß jetzt vom Worte Gottes und den lutherischen Bekenntnissen her die deutsche Nation ihre Kirche bauen, die den Weg zu den Herzen der Deutschen findet und vor den Vätern der Reformation bestehen kann."

II. Zum Zoellner-Ausschuß.

"Tägliche Rundschau" Nr. 100 vom 29. April 1933.

Hossenfelder gibt die Richtschnur.

Die Reichsleitung der "Deutschen Christen" teilt uns folgendes mit: Wehrkreispfarrer Müller hat, nachdem er den Auftrag Hitlers erhielt, mit den Kirchen offiziell zu verhandeln. Die Richtschnur, die einzuschlagen ist, mit dem Reichsleiter der "Glaubensbewegung Deutsche Christen", Pfarrer Hossenfelder, besprochen. Pfarrer Müller, der selbst Mitglied der Glaubensbewegung ist, sieht sein Amt so an, daß nichts ohne und erst recht nichts gegen die Reichsleitung der Deutschen Christen unternommen wird. Pfarrer Müller und Pfarrer Hossenfelder werden gemeinsam mit Hilfe der "Deutschen Christen" alle Störungsversuche, die von anderer Seite kommen, unterdrücken.

Auf Anfrage wurde uns erklärt, daß als Störungszentren alle diejenigen Gremien zu betrachten seien, die sich in der letzten Zeit neben den ordentlichen Kirchenbehörden gebildet haben, um Kirchenpolitik auf der Grundlage neuer Bekenntnisse zu treiben. Wir geben diese Meldung mit dem Vorbehalt weiter, daß uns eine Bestätigung von dem "offiziellen" Beauftragten des Herrn Reichskanzlers zurzeit nicht gegeben werden konnte. Pfarrer Müller befindet sich vorübergehend in Königsberg.

III. Glaubensbewegung "Deutsche Christen".
.....

"Der Reichsbote", Nr. 100 vom 29. April 1933.

Die Glaubensbewegung "Deutsche Christen".
.....

Von Bundespfarrer Friedrich Peter-Berlin.

.....
"Die "Deutschen Christen" haben ein klares Verhältnis zum Formalprinzip der Reformation, d.h. zur Heiligen Schrift. Sie sagen: Es gilt nur ein Testament, eben das Neue Testament, d.h. ein Bund, ein Friede, ein Verhältnis des Menschen zu Gott. Das Alte Testament hat für sie lediglich den Wert einer heilsgeschichtlichen Urkunde über das Alte, "das vergangen ist". Der verpflichtende Teil dieser Urkunde ruht ausschließlich in dem, "was Christentum treibt". Soweit die Bücher des Alten Testaments Brauchtum, Sitte und Charaktere des jüdischen Volkstums vermitteln, haben sie keinen Anspruch auf Vorbildlichkeit."
.....

"Die "Deutschen Christen" wollen die evangelische Reichskirche mit dem in sich einigen Kirchenvolk. Durch eine Wiederbelebung konfessioneller Auseinandersetzungen des 16. Jahrhunderts kann dieser Reichskirche nicht gedient sein. Es muß daher in Katechetik und Verkündigung das geschichtliche Erbe der Reformatoren Luther, Zwingli, Calvin innerhalb der geistigen Lebendigkeit der Reichskirche geachtet und gewahrt werden. Die kirchenrechtliche Einheit der Reichskirche kann jedoch nicht konfessionalistisch, sondern nur völkisch begrenzt werden. Wir nehmen von den Reformatoren heute noch darüber Lehre und Weisung an, wie denn der einzelne in das rechte Verhältnis zu Gott komme. Wir erkennen aber die Gestaltkirche in Deutschland nach den Geboten, die Gott uns heute und jetzt durch den Lauf unserer deutschen Geschichte gibt."
.....

IV. Vom Christlichen Volksdienst.
.....

"Tägliche Rundschau" Nr. 100 vom 29. April 1933.

Der Christliche Volksdienst bleibt?
.....

Die Reichsführung des "Christlichen Volksdienstes" erlaubt eine Kündigung, in der es u.a. heißt:

"Wenn überlebte Parteien und Interessengruppen heute ihre Flagge streichen, weil sie vor dem Neuen, dem sie nichts zu geben haben, nicht bestehen können, so sind wir vom Volksdienst der Überzeugung, daß das innerste Anliegen unserer Bewegung, aus reformatorischer Glaubensüberzeugung politischen Dienst am Volk, Staat und Gesellschaft zu tun, heute brennender als je ist."

Nicht zuletzt sehen wir unsere besondere Aufgabe darin, die reformatorische Staatsauffassung zur Geltung zu bringen, die nicht nur zum Kampf für die schöpfungsmäßige Würde und Vollmacht des Staates verpflichtet, sondern die auch die Beachtung seiner Grenzen gegenüber der sittlichen Persönlichkeit, der Familie und der Kirche liebt."

Noch ist bis heute nicht endgültig entschieden, in welcher Weise künftig die Mitarbeit des Volkes an der Staatsführung sich vollziehen wird. So lange und wo aber noch die Möglichkeit parlamentarisch-politischer Mitarbeit für den Volksdienst gegeben ist, werden wir diesen Dienst weiter tun.

V. Allgemein Politisches.

a) Schaffung eines Geheimen Staatspolizeiamtes.

Wie die T.U. erfährt, hat der preußische Ministerpräsident Göring im Zuge seines Programms zur Reorganisation der preußischen Polizei und in Fortsetzung seiner umfassenden Maßnahmen zur Niederkämpfung des Bolschewismus und anderer staatsfeindlicher Bestrebungen die bisher dem Polizeipräsidium angegliederte politische Polizei abgetrennt und sie zu einer selbständigen Behörde gemacht.

Das so geschaffene Polizeiamt, dessen Tätigkeit durch ein Gesetz vom 26. April dieses Jahres geregelt ist, wird dem preußischen Minister des Inneren unmittelbar unterstellt. Die Aufgabe des Geheimen Staatspolizeiamtes besteht in der Erforschung und Bekämpfung aller staatsgefährlichen politischen Bestrebungen im gesamten preußischen Staatsgebiet. Hierzu werden ihm nicht nur die anderen Polizeibehörden unterstellt, sondern auch eigene Exekutivorgane zugeteilt. Das Geheime Polizeiamt hat seinen Sitz in Berlin SW 11, Franz-Albrechtstr. 8. Seine Zuständigkeit erstreckt sich über über das ganze preußische Staatsgebiet. In Berlin übernimmt das Geheime Polizeiamt eine Reihe wichtiger Funktionen, die bisher der Polizeipräsident ausgeübt hat, wie z.B. die Presserpolizei. Das Geheime Staatspolizeiamt hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen.

b) Zu der Schaffung des Geheimen Staatspolizeiamtes weist die "Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 197/198 vom 29. April 1933 darauf hin, daß ähnliche Einrichtungen in Italien und Frankreich seit längerer Zeit bestehen und schreibt dann folgendes:

"Wir erinnern uns in diesem Augenblick an das eigenartige Geschick einer unter verheißungsvollen Vorzeichen vor 12 Jahren begonnenen Bewegung in Deutschland selbst: Damals berieten die besten Fachleute über ein Reichskriminalpolizeiamt, das dem bisherigen Nebeneinander und - leider oft auch Gegeneinander ein Ende machen sollte. Das hierzu führende Reichskriminalpolizeigesetz war bereits im Reichsrat angenommen, ist aber niemals in die Tat umgesetzt worden. Alle Fachleute waren sich damals darüber einig, daß es für den Staat gegenüber allen gefährlichen Umtrieben ein gewaltiges Machtmittel bedeuten und für die Polizei selbst eine höchst erwünschte Vereinfachung und Erleichterung der schweren und keine Verzögerung zuldenden Verbrecherbekämpfung bringen würde. Wenn jetzt das Geheime Staatspolizeiamt geschaffen worden ist, so haben zweifellos der Ministerpräsidenten Göring ähnliche Motive geleitet. Es wäre wünschenswert, daß man im einzelnen in und dort auch auf die vor 12 Jahren zu Papier gebrachten Erfahrungen der Fachwissenschaft zurückgreifen würde."